

Produziertes Biogas wird aufgewertet

SWB informiert im Bauausschuss über geplante Gasbereitungsanlage / Kritik der FGBO am Verlauf des Verfahrens

VON UWE DAMMANN

Ottersberg. Aus Gülle, getrocknetem Hühnerkot oder nachwachsenden Rohstoffen wie Mais wird Biogas und daraus wiederum in einem komplizierten Verfahren hochwertiges Heizgas, das über die „Gasautobahn“ an die Haushalte und Betriebe geliefert wird. So schlicht und einfach lässt sich die Funktion der neuen Gasbereitungsanlage erklären, die von dem Bremer Versorger SWB auf dem Gelände der Großbiogasanlage der Firma Benas in Ottersberg geplant ist.

Die SWB hat mit der Firma Benas einen Liefervertrag über das Biogas abgeschlossen und findet auf dem Betriebsgelände „optimale Bedingungen“ und eine „äußerst günstige Infrastruktur“ vor. Das finden jedenfalls die Projektleiter Wim Hahn und Claas Knoblich von der SWB, die das Verfahren am Donnerstag im Ottersberger Bauausschuss erläuterten. Aus ökologischer Sicht, so sehen das die Ottersberger Verwaltung und das Bremer Unternehmen, ist das Verfahren sinnvoll und wertet das hier produzierte Biogas auf.

Eine Baugenehmigung für die etwa 16 mal 18 Meter große Aufbereitungsanlage mit ihren drei markanten Schornsteinen hat die SWB bereits im Frühjahr erhalten. Wie berichtet, hatte das per Pressemitteilung angekündigte Vorhaben im Ort für einen Wirbel gesorgt. „Es gab und gibt viele Fragen zu dieser Anlage in der Bevölkerung, deshalb haben wir sie eingeladen“, schickte der Ausschussvorsitzende Reiner Schnäpp (SPD) der Sitzung voraus.

Doch das vorab: Die Fragesteller aus früheren Sitzungen waren diesmal zu Hause geblieben. Kritische Anmerkungen in der Einwohnerfragestunde zum Betrieb der Anlage gab es so gut wie keine. Was aber nicht heißen soll, dass die Diskussion nicht doch hoch kochte. Aber das ratsintern. Vor allem Tim Weber und Manfred Dzubiella von der Freien Grünen Bürgerliste (FGBO) warfen der Verwaltung vor, die Ratsmitglieder und die Bürger in dem Verfahren „ausgetrickt und nicht rechtzeitig informiert zu haben“, so Weber. „Wir sind davon ausgegangen, dass wir an der Entscheidung über die Ausweitung der Anlage beteiligt werden“, sagte Weber. Doch da es derzeit – seit nunmehr vier Jahren – wegen einiger Verfahrensfehler keinen rechtsgültigen Bebauungsplan für die Biogasanlage gibt, liegt der Betrieb im Außenbereich der Gemeinde. Was wiederum bedeutet, dass hier Veränderungen vorgenommen werden können, ohne den Rat zu beteiligen. Dabei



Auf dem Gelände der Biogasanlage in Ottersberg möchte die Bremer Firma SWB gern eine weitere Gasbereitungsanlage errichten. FOTO: DAMMANN

habe das Verfahren, mutmaßen Dzubiella und Weber, sehr wohl Auswirkungen auf die Bevölkerung. Das Unternehmen könne nun neben der erlaubten Stromproduktion von 3,2 Megawatt weiteres Gas für die SWB produzieren und würde damit mehr „Input“ benötigen. Was wiederum den Anlieferverkehr mit Schwerlastern und Traktoren intensiviert und obendrein mehr Gärreste mit sich bringt, die auf die umgrenzten Felder verbracht werden. „Da sind wir bereits heute längst an der zumutbaren Grenze angelangt“, sagte Dzubiella.

Die Firma Benas darf laut Genehmigung des Gewerbeaufsichtsamtes 174 000 Tonnen Vergärungsmaterial anliefern, hatte bisher aber lediglich rund 70 000 Tonnen für die Stromproduktion benötigt. Dass mutmaßlich künftig mehr Rohstoffe angeliefert werden, schließt auch Bürgermeister Horst Hofmann nicht aus. Er rechnet mit rund 30 000 Tonnen, die zusätzlich in die Anlage kommen.

Die Verwaltung mit Hofmann und Bauleiter Ralf Schack wies allerdings den Vorwurf zurück, die Öffentlichkeit zu spät informiert zu haben. Der Verwaltungsausschuss habe schon im Januar von dem Vorhaben Kenntnis erhalten. Kritik habe es damals keine gegeben, so Schack. Erst im Kommunalwahlkampf habe die FGBO das Thema wieder auf die Agenda gesetzt.

Baurechtlich keine Einwände

Die lang anhaltende Diskussion über die Verfahrensschritte bis zur Baugenehmigung, die vom Landkreis Verden als oberster Baubehörde erteilt wurde, verlief kontrovers und mit gegenseitigen Schuldvorwürfen. Dabei half es auch nicht, dass Kreisbauamtsleiter Volker Lück darauf hinwies, dass es baurechtlich und aus Sicht des Naturschutzes und des Gewerbeaufsichtsamtes keine Einwände gegen die Gasaufbereitungsanlage gäbe. „Das Gewerbeaufsichtsamt geht davon aus, dass es keine nachteiligen

Auswirkungen auf die Umgebung geben wird“, sagte Lück. Deshalb habe man den Antrag der SWB auch zügig genehmigt.

Um die quälende und endlos erscheinende Diskussion um die Biogasanlage zu beenden, schlug Ausschussvorsitzender Schnäpp vor, dass der Rat selbst eine Umweltverträglichkeitsstudie (UVP) in Auftrag geben sollte. Das sei zwar bei der Größe der Anlage nicht gesetzlich erforderlich, aber dieser freiwillige Schritt der Gemeinde könne eventuell dazu führen, dass die anhaltende Kritik der Bevölkerung aufhöre. Ob die UVP, in der die Gesamtauswirkungen der Anlage auf die Umwelt untersucht werden, tatsächlich in Auftrag gegeben wird, wurde im Ausschuss nicht entschieden. CDU-Ratsherr Werner Bahrenburg sieht darin eine „unnötige Geldausgabe der Gemeinde“, die FGBO und SPD-Ratsmitglieder warben allerdings dafür, diese Möglichkeit zumindest zu prüfen.